

Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Sozialpartnerschaft im Land Brandenburg

I.

Der Standort Brandenburg ist stark. 20 Jahre nach der Deutschen Einheit, nach tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, sind seine Unternehmen und Arbeitnehmer wettbewerbsfähig und erfolgreich auf den Märkten in Deutschland und der Welt. Die Brandenburger Wirtschaft ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen. Die Beschäftigung steigt. Die Arbeitslosigkeit konnte im letzten Jahrzehnt von mehr als 20 Prozent auf bis zu unter zehn Prozent halbiert werden. Diesen erfolgreichen Weg wollen Beschäftigte und Unternehmen auch zukünftig im Rahmen einer starken Sozialpartnerschaft weiter gehen und gestalten.

Tarifparteien, Betriebe, Arbeitsmarktakeure und Politik haben in der Finanz- und Wirtschaftskrise gemeinsam Verantwortung übernommen. Mit Erfolg: Deutschland, auch Brandenburg, ist mit weniger Arbeitsplatzverlusten durch die Krise gekommen als andere Länder. Hier ist das große Gestaltungspotenzial deutlich geworden, das in der Tarifautonomie steckt: am praktischen Tun der im eigenen Interesse handelnden und gleichzeitig am Gemeinwohl orientierten Tarifpartner, die im Regelfall allein, wenn erforderlich aber auch im Zusammenspiel mit der Politik aktiv werden.

II.

Dieses Potenzial gilt es zu nutzen, um die großen strukturellen Herausforderungen, denen sich das Land Brandenburg als Wirtschaftsstandort stellen muss, zu meistern. In den kommenden Jahren stehen wir gemeinsam vor einer doppelten Herausforderung:

- (1.) Dem Rückgang an Erwerbspersonen und
- (2.) der Notwendigkeit attraktiver Arbeitsplätze.

Diese Herausforderungen müssen in einer Situation gemeistert werden, die von schwieriger werdenden Rahmenbedingungen gekennzeichnet ist. Dies betrifft neben der demografischen Entwicklung insbesondere die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit Auswirkungen auf politische Gestaltungsspielräume und die Höhe der Mittel für freiwillige Leistungen, zum Beispiel zur Förderung betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Fachkräftestudie für Berlin und Brandenburg sagt: Im Jahr 2020 können in der gemeinsamen Wirtschaftsregion auch aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Gesamtbevölkerung rund 362.000 Arbeitsplätze nicht besetzt werden, weil Fachkräfte oder die entsprechenden Qualifikationen fehlen – sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Ohne Gegenmaßnahmen droht zudem eine weitere Abwanderung junger Menschen.

Angesichts der wachsenden Standortkonkurrenz um Fachkräfte innerhalb Deutschlands und Europas muss Brandenburg im Hinblick auf Lebensqualität und Arbeitsbedingungen Schritt halten. Wichtig sind berufliche Perspektiven für Beschäftigte, Auszubildende und Arbeitslose gleichermaßen. Notwendig ist zudem eine moderne, humane Arbeitswelt und eine höhere Attraktivität der Arbeits- und Ausbildungsplätze in allen Regionen Brandenburgs.

Brandenburg braucht Rahmenbedingungen, die durch Investitionen in Wissenschaft, Bildung und gute Berufsausbildung sowie moderne Technologien die Wirtschaft stabilisieren und gleichzeitig Impulse für ein neues, dynamisches Wirtschaftswachstum setzen. Dabei spielt die Tarifautonomie eine besondere Rolle. In ihrem Rahmen werden die Arbeitsbedingungen, vor allem Entgelte und Arbeitszeiten, überwiegend von Arbeitgebern bzw. Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften autonom und damit ohne Einfluss des Staates geregelt. Tarifverträge stellen sicher, dass einerseits die wirtschaftliche Leistungsfä-

higkeit der Unternehmen berücksichtigt wird und damit die branchenspezifische Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen gewährleistet bleibt. Auf der anderen Seite ermöglichen Tarifverträge die Gestaltung von attraktiven Entgelt- und Arbeitsbedingungen und stellen damit ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung dar. Die Unterzeichner bekennen sich zum Grundsatz der Tarifautonomie als Teil der Koalitionsfreiheit, die durch Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz verfassungsrechtlich geschützt ist.

III.

Die Unterzeichner setzen sich als Ziel, die Handlungsfähigkeit der Tarifparteien in Brandenburg zu stärken. Die Tarifparteien werden weiter daran arbeiten, die Flächentarifverträge entsprechend der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Rahmenbedingungen zu gestalten. Auf dieser Basis setzen sich die Unterzeichner für eine stärkere Beteiligung der bisher nicht organisierten Unternehmen und Beschäftigten ein und treten für starke Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ein.

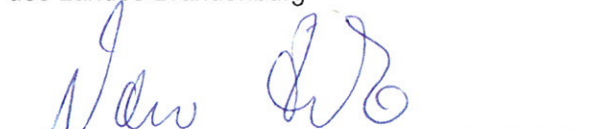
Die Unterzeichner dieser Erklärung verabreden, dass sie die Verantwortung für den Standortfaktor „Fachkräfte“ als gemeinsame Aufgabe annehmen. Schwerpunkte sind dabei verstärkte Anstrengungen in der Ausbildung und bei der Sicherung des Berufseinstiegs junger Menschen sowie die Sicherung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, zum Beispiel durch die Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten von Kindern.

Der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg wird bei Kontakten mit Unternehmen auf die Bedeutung der Flächentarifverträge und die Mitgliedschaft bei den Tarifpartnern hinweisen. Dies geschieht auch bei der Vergabe öffentlicher Fördergelder. Er wird regelmäßig mit den Tarifpartnern der einzelnen Branchen aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erörtern.

Die Unterzeichner vereinbaren einen regelmäßigen, mindestens halbjährlichen Informations- und Meinungsaustausch über Erfahrungen und Handlungsbedarfe. Sie verständigen sich dabei auf gemeinsame Projekte und begleiten deren Umsetzung.

Potsdam, den 31. Mai 2011


Günter Baaske
Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
des Landes Brandenburg


Doro Zinke
Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg


Christian Amsinck
Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der
Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.

